

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 26.05.2021

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	17:45 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter/in:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 12.04.2021	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Festlegungen des Ausschusses	
5.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 24.02.2021 zum TOP 5.3 ; Drucksache 2529/20 - Verluste Sozialwohnungen hier: das Verhältnis an Sozialwohnun-	0353/21

gen im Vergleich zum Gesamtangebot und die Nutzung der Sozialwohnung durch Familien
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

6. Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung. Sie stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung waren 7 Ausschussmitglieder anwesend.

Weiterhin verwies Frau Rothe-Beinlich nochmals auf das bereits mit den Einladungen versandte Merkblatt für die Durchführung der Sitzung unter Pandemiebedingungen. Danach sind die Teilnehmenden verpflichtet, während der gesamten Sitzung eine qualifizierte Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Weiterhin wird jede Stunde für 10 Minuten eine Lüftungspause durchgeführt.

Anschließend bedankte sich die Ausschussvorsitzende bei dem mobilen Testteam und begrüßte alle Ausschussmitglieder, sachkundigen Bürger und Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor, sie wurde einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 12.04.2021

die Niederschrift wurde wie folgt

beschlossen Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1

4. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine Angelegenheiten zur dringlichen Behandlung vor.

5. Festlegungen des Ausschusses

- 5.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 24.02.2021 zum TOP 5.3 ; Drucksache 2529/20 - Verluste Sozialwohnungen hier: das Verhältnis an Sozialwohnungen im Vergleich zum Gesamtangebot und die Nutzung der Sozialwohnung durch Familien
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit 0353/21

Zu der vorliegenden Beantwortung gab es weitere Nachfragen durch die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich.

Sie hinterfragte den aus ihrer Sicht geringen Anteil von Sozialwohnungen und wollte wissen, ob der Bedarf tatsächlich so gering ist.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke führte hierzu aus. Sie gab Erläuterungen zu dem Wohnraum, der im Rahmen der KdU-Richtlinie dargestellt wird und informierte, dass sich über 90 % davon im Eigentum der Wohnungsgenossenschaften befinden.

Der Anteil der mietpreisgebundenen Wohnungen geht nach unten. Momentan kann der Bedarf gedeckt, die Mehrzahl der Anträge gut bearbeitet und entsprochen werden.

Aufgrund der demographischen Entwicklung werden perspektivisch Gespräche mit Investoren zu führen sein, um den Anteil der Sozialwohnungen zu gewährleisten.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, fragte nach, wie der Prozentsatz von preisgebundenen Sozialwohnungen errechnet wurde.

Hierauf ging Frau Hofmann-Domke detailliert ein und erläuterte den Unterschied zwischen Wohnungen entsprechend der KdU-Richtlinie und den begrenzten Anteil von Sozialwohnungen mit Mietpreisbindung.

Darüber hinaus verwies sie auf den Bedarf, der im Sozialstrukturatlas abbildbar, aber aktuell nicht bezifferbar ist.

zur Kenntnis genommen

6. Informationen

Die amt. Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Melzer, informierte zur aktuellen Entwicklung der 7-Tages-Inzidenz in der Landeshauptstadt Erfurt. Aktuell sei eine Entspannung sichtbar, das betrifft auch die Situation in den Krankenhäusern. Zugleich ist eine Änderung in der Altersverteilung von Erkrankten erkennbar, die nunmehr bei unter 50 Jahren liegt.

Weiter informierte sie zu den Testzentren im Stadtgebiet am Zoopark, Flughafen, Messe, Haus der Sozialen Dienste, Angermuseum und Willy-Brandt-Platz. Das Angebot wird nicht umfänglich genutzt, weshalb keine weiteren Zentren beauftragt werden.

Mit Hinweis auf die neue Landesverordnung schlug sie vor, diese abzuwarten und dann auf neue Bedarfe einzugehen.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, übermittelte eine an ihn herangetragene Beschwerde zu unterschiedlichen Besuchsregelungen in Alten- und Pflegeheimen.

Er hatte eine konkrete Frage zum Umgang mit einem festgestellten positiven Testergebnis über die Pfingstfeiertage.

Frau Melzer verwies darauf, dass an den Feiertagen die PCR-Testungen durch die Kassenärztliche Vereinigung geregelt wurden. Dort liegt das Terminmanagement auch für die Stadt Erfurt. Sie informierte die Ausschussmitglieder, dass die Kapazitäten vorhanden sind, um die Stadt Erfurt aus dieser Regelung herauszulösen. Ein entsprechender Vorstoß wird aktuell geprüft.

Auf die direkte Frage von Herrn Pfistner eingehend, führte sie aus, dass ihr keine Beschwerden bei Heimbisuchen bekannt sind. Entsprechende Hinweise werden an die Heime weitergegeben.

Herr Pfistner stellte fest, dass der Umgang mit Geimpften in den Heimen nicht klar geregelt ist und forderte einheitliche Regelungen ein.

Frau Hofmann-Domke verwies auf die Versuche, mit der Heimaufsicht zu kommunizieren. Sie nimmt die Hinweise mit und versucht eine Klärung mit dem Sozialministerium.

Frau Handtke, Fraktion FDP, sprach sich aufgrund persönlicher Erfahrungen für eine Sensibilisierung für das Thema Alten- und Pflegeheime und deren Besuchsregelungen aus.

Herr Büssow, sachkundiger Bürger, hatte Nachfragen zu den Impfterminen.

Die amt. Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Melzer, informierte, dass es seitens der KV keine Rückmeldung hinsichtlich der Altersgruppe der Geimpften gibt.

Aktuell haben 37,5 % der Bürger die Erstimpfung und 17,3 % die Zweitimpfung erhalten. Sie sagte zu, die Altersverteilung der Geimpften nachzureichen.

Die Planung zur Verteilung der Impfstoffe an die Hausärzte, wie von Frau Handtke nachgefragt, ist aktuell nicht möglich.

Frau Hofmann-Domke verwies auf die Internetseiten des Bundesministeriums für Gesundheit.

Herr Schaarschmidt, sachkundiger Bürger, hatte Nachfragen zu den Testproben und die zahlenmäßige Entwicklung der Neuerkrankung.

Hierzu gab es Erläuterungen durch Frau Melzer, die u.a. auf den Meldeverzug gegenüber dem RKI einging. Der Anstieg, wie nach den Osterfeiertagen, ist für die Zeit nach Pfingsten nicht zu erwarten.

Die Planung einer dezentralen Teststrategie wurde anschließend hinterfragt. Frau Melzer verwies auf die neue Landesverordnung und deren Regelungen. Sie informierte, dass es keine Beschwerden zu den vorhandenen Testmöglichkeiten gibt, eine Ressourcenverteilung aber geplant wird.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., sprach sich für den Erhalt der Testzentren aus und verwies auf den gesetzlichen Anspruch der Bürger.

Eine weitere Frage zu den Testungen in den Ortsteilen wurde durch Frau Melzer beantwortet.

Durch die Kassenärztliche Vereinigung wurde eine Abfrage an die niedergelassenen Ärzte durchgeführt, die nicht das erwünschte Ergebnis gebracht hat.

Weiterhin erläuterte sie die Gründe, weshalb sich gegen ein mobiles Testzentrum (z.B. Fahrzeug der Fahrbibliothek) entschieden wurde.

Nachdem es keine weiteren Nachfragen und Informationsbedarfe mehr gab, beendete die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, die öffentliche Sitzung und stellte im Anschluss die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in